

Protokoll der
Sitzung des Kreisschulrates Aarau-Buchs
Donnerstag, 3. April 2025, 19.30 Uhr,
Aula Schulhaus Risiacher, Buchs

Vorsitz:

Andrea Dörig

Stimmenzähler:

Susanne Klaus Günthart
Melanie Sutter

Anwesende Mitglieder:

Benedict Ammann	Regula Haag Wessling
Fulya Aslan	Susanne Klaus Günthart
Nicole Burger	Anton Kleiber
Andrea Dörig	Philippe Kühni
Oliver Esser	Nicole Lehmann-Fricker
Ulrich Frey	Boris Meyer
Franziska Graf-Bruppacher	Martina Niggli
	Melanie Sutter
	Frédéric Voisard

Entschuldigte Mitglieder:

Chrisoula Giata
Barbara Deucher

Anwesende Kreisschulräte: 16
Absolutes Mehr: 9; der Rat ist beschlussfähig.

Ratssekretariat, Ratsbüro und Protokollführerin:

Barbara Meier

Weitere Anwesende:

Schulvorstand Aarau-Buchs:

Salvatore Nunziata
Corinne Trachsel
Larissa Carlsson
Severin Dommann
Rainer Zieseimer-Fernandes

Geschäftsstelle:
Lukas Schaffner
Sonja Baumann

Presse:
Nadja Rohner

Traktanden:

1. Begrüssung und Mitteilungen
2. Anfragen
3. Budget 2025

Gegen die Traktandenliste wurden keine Einwendungen erhoben.

Traktandum 1	
<i>Begrüssung und Mitteilungen</i>	

Andrea Dörig begrüsst alle Anwesenden zur heutigen ausserordentlichen Sitzung des Kreisschulrats Aarau-Buchs.

Chrisoula Giata und Barbara Deucher haben sich entschuldigt. Das absolute Mehr liegt somit bei 9.

Das Protokoll der letzten Kreisschulratssitzung vom 20. Februar 2025 wurde zur Kenntnis genommen.

Andrea Dörig erklärt, dass diese Sitzung deshalb ausserordentlich ist, weil das Budget der KSAB am 9. Februar 2025 von der Buchser Stimmbevölkerung abgelehnt wurde. Für die Genehmigung des Budgets braucht es laut Satzungen die Zustimmung beider Verbandsgemeinden. Nach der Ablehnung muss innerhalb von 60 Tagen erneut ein Budget vorgelegt und beraten werden. Diese Frist läuft nächste Woche ab.

Sie merkt an, dass diese Sitzung anscheinend auf grosses Interesse stösst und teilt mit, dass es sie freut, so viele Besucherinnen und Besucher zu begrüssen. Sie weist darauf hin, dass es nicht erlaubt ist, während der Sitzung Fotos, Videos oder Tonaufnahmen zu machen (Geschäftsreglement § 11 Abs. 4).

Traktandum 2	
Anfragen	

Andrea Dörig informiert, dass seit der letzten Kreisschulratssitzung folgende Anfragen neu eingereicht wurden:

- Nicole Burger und Nicole Lehrmann-Fricker, Beiträge an Nachbarsgemeinden
- Philippe Kühni, Organisation Führung
- Philippe Kühni, Auswirkungen separativer Beschulung

Sie erwähnt, dass die Beantwortung von mehreren älteren Anfragen ausstehend ist. Sie geht mit Nicole Burger einig, dass dies eine äusserst unbefriedigende Situation ist.

Andrea Dörig informiert, dass vielleicht nicht allen bewusst ist, dass die Bearbeitung von Anfragen nicht durch den Schulvorstand geschieht, sondern eine Aufgabe der Verwaltung darstellt. Wie längst bekannt ist, ist die Verwaltung nicht üppig aufgestellt und schon seit längerem durch Krankheitsstände reduziert. Die Gesamtschulleitung operiert sozusagen in einem «Notbetrieb». Der Fokus liegt auf der Hauptaufgabe, dem Aufrechterhalten des operativen Betriebs und es bleiben schlechthin keine Ressourcen für die Ausarbeitung der Antworten übrig. Dies ändert sich hoffentlich bald, wenn die zusätzlichen Stellen mit dem heutigen Budgetbeschluss gesprochen werden und sich innert nützlicher Frist die offenen Stellen durch geeignete Personen besetzen lassen.

Traktandum 3	
Budget 2025	

Andrea Dörig teilt mit, dass von der SVP und der FDP vier Abänderungsanträge eingereicht wurden. Diese werden in den entsprechenden Kapiteln in der Botschaft behandelt und zur Abstimmung gebracht.

Der erste Antrag lautet wie folgt:

Abschaffung Kreisschulrat (Rückkommensantrag):

Auf die mit Beschluss des Kreisschulrates vom 21. November 2024 genehmigte Ausgabe von 80'000 Franken zu Abschaffung des Kreisschulrates sei zu verzichten.

Andrea Dörig erklärt, dass dieser Antrag nicht zulässig ist. Der Verpflichtungskredit und Antrag zur Umsetzung unterlagen dem fakultativen Referendum und ist somit rechtskräftig und kann nicht wieder gestrichen werden. Sie teilt mit, dass zudem von den Antragsstellenden gefordert wurde, dass bei Unzulässigkeit des Abänderungsantrages der Schulvorstand freiwillig auf die Umsetzung verzichtet. Sie erklärt, dass dies eine grobe Verletzung der demokratischen Prozesse darstellen würde. Der Schulvorstand hat den Auftrag und die Mittel erhalten und ist verpflichtet diesen Auftrag umzusetzen. Nur der Kreisschulrat könnte in erster Instanz diesen Auftrag und den Verpflichtungskredit mit einreichen einer Motion wieder rückgängig machen. Sie teilt mit, dass die von den Antragsstellenden vorweggenommene Auflösung der Kreisschule jedoch keinen direkten Zusammenhang mit der Auflösung des Kreisschulrates hat. Wenn überhaupt eine Auflösung des Kreisschulverbandes angestossen wird, kann diese auch unter einer geänderten Führungsstruktur vollzogen werden.

Andrea Dörig erteilt das Wort dem Schulvorstand zur Vorstellung des Budgets.

Larissa Carlsson führt aus, dass nachdem die Gemeinde Buchs anlässlich der Urnenabstimmung nein zum Budget der KSAB gesagt hat, der Schulvorstand das ursprüngliche Budget überarbeitet hat. Im Rahmen eines Verzichtplans wurden Einsparungen vorgenommen. Beide Komitees wurden an einen runden Tisch geladen. Dies mit dem Ziel, einen Kompromiss bzw. einen minimalen Konsens zwischen Einsparungen und Investitionen zu finden. Mit dem Referendumskomitee konnte jedoch keine Einigung gefunden werden.

Sie führt weiter aus, dass der Schulvorstand beiden Verbandsgemeinden gleichermassen verpflichtet ist. Darauf basiert der zur Abstimmung vorliegende Kompromissvorschlag. Auf einige Investitionen in der Schulentwicklung wurde verzichtet. So zum Beispiel auf den Einsatz von Zivildienstleistenden sowie auf eine zusätzliche Erhöhung der Schulverwaltungsressourcen um 100%. Demgegenüber wird mit der Schaffung der Fachstelle schulische Integration und Chancengleichheit in die Schulentwicklung investiert. Des Weiteren sieht sich der Schulvorstand in der Pflicht, die Pensen der Schulverwaltung den wachsenden Schülerzahlen anzupassen und die nachweisliche Unterbesetzung von aktuell 340% teilweise zu beseitigen.

Larissa Carlsson bittet die Mitglieder des Kreisschulrats im Namen des Schulvorstands die notwendigen Mittel für einen reibungslosen Betrieb der KSAB zu sprechen.

Nicole Lehmann-Fricker ist der Meinung, dass in den letzten Monaten auf allen Seiten viel Engagement und Bemühungen stattgefunden haben, die Richtigkeit ihrer Seite nach bestem Wissen und Gewissen aufzuzeigen und zu begründen.

Sie ist überzeugt, dass alle Anwesenden sich für eine gute Schule einsetzen möchten und im Interesse der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer handeln. Alle

Beteiligten stehen unter der politischen Führung der Gemeinde Buchs und Aarau. Dies ist eine riesige Herausforderung und in der Führung braucht es nicht nur viel Kompetenzen im Schulwesen, sondern auch eine Geschäftsführung. Die Ansprüche an diese sind sehr hoch. So erstaunt es nicht, dass diese, aus ihrer Sicht, schon zu Beginn der KSAB strategisch falsche Entscheidungen zu einem kaum lösbaren Problem getroffen haben. Mittlerweile wird die KSAB nicht nur von bürgerlicher Seite sondern auch von der links-grünen Seite in Frage gestellt.

Die ausufernden Diskussionen über das Budget 2025 verdeutlichen klar die allzu verschiedenen Interessen der Beteiligten und die politischen Vorstösse richten sich klar in Richtung Auflösung der KSAB. Dieser Punkt muss bei der Festlegung des Budgets unbedingt berücksichtigt werden.

Nicole Lehmann-Fricker erklärt, dass die KSAB eine öffentliche Schule ist, welche durch Steuergelder finanziert wird und den Grundsätzen der direkten Demokratie unterworfen ist. Das Referendum zeigt klar, dass Buchs diese Schule nicht mehr finanzieren will und auch die 45%, welche in Aarau Nein zum Budget gesagt haben, zeigen, dass eine grosse Anzahl der Bürger und Bürgerinnen mit der Schule unzufrieden sind. Sie hört auch viele enttäuschte Familien, welche das Referendum jedoch nicht unterstützt haben.

Sie fährt fort, dass es an der Zeit ist, aufzuhören sich gegenseitig Schachmatt setzen zu wollen, sondern sich aufzuraffen und eine gemeinsame Lösung im Interesse der von den Gemeinden gewünschten Schule zu suchen. Es benötigt eine gute Schule, welche die Kinder abholt. Es braucht eine Schule, welche den Lehrer und Lehrerinnen wieder ermöglicht im Schulraum eine Klasse zu unterrichten, und zwar im machbaren Rahmen. Sie fordert dazu auf, heute einen Schritt vorwärts zu gehen und ein Budget aufzusetzen, welches nicht wieder unnötig Gelder für Ämter einplant, welche höchstwahrscheinlich in den nächsten Jahren wieder abgesetzt werden müssen. Sie fordert auf, aufzuzeigen, dass es nicht nur um Sparmassnahmen geht, sondern um die Einsetzung der Mittel für eine gut funktionierende Schule, die den Eltern ermöglicht mit den Lehrern Lösungen zu finden.

Sie betont, dass sie gegen die Schaffung der diversen zusätzlichen Stellen, wie beispielsweise die externe Fachstelle schulische Integration und Chancengleichheit sowie die Ombudsstelle ist, wie die Abänderungsanträge von FDP und SVP zeigen. Diese benötigen viel Zeit und Geld für den Aufbau und werden wohl bei einer Auflösung der KSAB wieder abgeschafft.

Anstatt Leitsätze braucht es einen respektvollen Umgang mit den Lehrpersonen und Eltern. Es braucht keine codierten Grundsätze. Es müssen Bedingungen geschaffen werden, welche lösungsorientiert und praktisch in der Umsetzung sind. Theorien sind zum jetzigen Zeitpunkt wohl das Letzte was diese Schule braucht.

Boris Meyer erklärt, dass er den Antrag des Schulvorstands ablehnen wird. Er gibt an, extrem enttäuscht zu sein, da die Einsparungen des überarbeiteten Budgets nicht einmal ein Prozent betragen. Die Stelle, welche nun gestrichen wird, stellt für ihn keine Einsparung dar. Wurde diese Stelle bei der letzten Budgetdiskussion doch zusätzlich bewilligt.

Weiter fährt er fort, dass er durch die Buchser Bevölkerung gewählt wurde und 2/3 der Buchser Bevölkerung das Budget abgelehnt haben. Er gibt an, den Volkswillen zu vertreten und stimmt daher gegen das vorgelegte Budget. Gerne möchte er zu einem späteren Zeitpunkt die Meinung des Gemeinderates Buchs hören. Er möchte wissen, ob dieser den Volkswillen von Buchs oder eher den von Aarau vertritt.

An den letzten Kreisschulratssitzungen wurde zudem vielfach erwähnt, dass die Mitglieder des Kreisschulrats nicht fähig sind und keine Ahnung haben, was es aktuell für Themen in der Schule gibt. Er sieht dies anders. Er ist der Meinung, dass alle Anwesenden sich sehr bemühen, sich erkundigen und für eine gute Schule einsetzen.

Er führt aus, wenn früher ein Budget bei der Kreisschule Buchs-Rohr abgelehnt wurde, da Schwierigkeiten mit den Gemeindefinanzen bestanden, hat die Schulpflege Anträge von selbst zurückgezogen. Bei Wiedervorlage des Budgets wurden sodann Einsparungen von 4 bis 5% vorgewiesen. Dasselbe hätte er heute Abend erwartet.

Weiter gibt er an, dass er immer ein Befürworter der Kreisschule Aarau-Buchs war. Zu Beginn interessierte er sich gar um eine Stelle als Schulpfleger. Jedoch merkte er nach kurzer Zeit, dass er das dortige Vorgehen nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann. Vermehrt hört man nun, dass der Kreisschulrat lästig ist und nicht alles bewilligt. Jedoch sind nicht alle Mitglieder des Kreisschulrats lästig, sondern nur derjenige Drittel, welcher genau hinschaut und kritisch gegenüber diversen Geschäften ist. Also ist es am einfachsten den Kreisschulrat abzuschaffen. Er spricht sich daher für die Abschaffung des Kreisschulrats aus. Jedoch fände er die Abschaffung der gesamten Kreisschule Aarau-Buchs besser. Als Buchser will er sich nicht von Aarau diktieren lassen, was mit der Schule passiert. Er möchte die finanziellen Vorgaben von Aarau nicht bezahlen. Er ist überzeugt, dass 2/3 der Buchser Bevölkerung dies auch so sieht.

Frédéric Voisard gibt an, dass er das Votum von Nicole Lehmann-Fricker als Aufforderung sieht, dass der Kreisschulrat seinen Aufgaben nachkommen soll. So ist es die Aufgabe des Kreisschulrats kluge und verbindliche Rahmenbedingungen zu setzen. Innerhalb dieses Rahmens gibt es Freiheiten. Als Mitglied des Kreisschulrats müssen diese Freiheiten jedoch ausgehalten werden können.

Das überarbeitete Budget nicht zu verabschieden, ist weder verbindlich noch klug und führt garantiert nicht zu einer guten Schule. Er vergleicht die KSAB mit einer Eiskunstläuferin, welcher das Eisfeld sowie die Schlittschuhe genommen wurden. Die Erwartung einer Pflicht besteht jedoch weiterhin. Mit Gutheissung des Budgets werden dieser Eiskunstläuferin die Schlittschuhe sowie die Eisfläche zurückgegeben. Er findet, der Schulvorstand hat reagiert und das Budget überarbeitet.

Das Beste zu wollen, ist oft nicht das Beste zu machen, meint **Philippe Kühni**. Mögliche Auflösungsabsichten sind keine Begründung um die bestehenden Strukturen unverändert zu lassen. Die KSAB muss ihren Auftrag nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen, und zwar mit allen notwendigen Mitteln, welche es dafür benötigt. Mit den genannten Aufträgen sind so auch neue dazugestossen. Beispielsweise der Aufbau einer Tagesstruktur und das Führen einer Tagesschule. Für all diese Aufgaben benötigt es Ressourcen. Weitere Aufgaben, wie zu Beispiel die einstimmig überwiesene Motion Chancengleichheit kamen aus dem Kreisschulrat. Eine direkte Folge daraus ist die nun beantragte Stelle Chancengleichheit.

Weiter erklärt er, dass die Ombudsstelle eine externe Stelle ist und keine interne. Bei Problemen kann man sich an diese Stelle wenden und Probleme beseitigen, bevor diese eskalieren. So werden wiederum Kosten gespart oder entstehen im besten Fall gar nicht. Diese Stelle löst also nur Kosten aus, wenn sie wirklich in Anspruch genommen wird. Zudem betont er, dass die Argumentation, es sollen mehr Ressourcen für Lehrpersonen gesprochen werden, keinen Sinn ergibt. Denn Ressourcen für Lehrkräfte werden durch den Kanton gesprochen. Der einzige Ort, wo der Kreisschulrat die Ressourcen erhöhen kann, ist bei der Schulverwaltung. Und genau so muss probiert werden, die Lehrkräfte zu entlasten.

Die immer wiederkehrende Aussage, die KSAB sei ein Fass ohne Boden, findet er zudem schwierig einzuordnen. Die Kosten der KSAB können aufgrund der unterschiedlichen Organisationen und Rechnungsführungen schwer bis praktisch gar nicht mit anderen Schulen verglichen werden.

Philippe Kühni ist der Meinung, dass der Schulvorstand seine Aufgaben pflichtbewusst und zum Wohle der KSAB erfüllt hat. Aus diesem Grund wird er dem Budget zustimmen und die Abänderungsanträge ablehnen.

Benedict Ammann informiert, dass es ihm wichtig ist, einige grundlegende Dinge einzuordnen. Die vergangene Referendumsabstimmung wurde hauptsächlich gewonnen, weil behauptet wurde, in der zentralen Verwaltung der KSAB werden zu viele Ressourcen gebunden, die den Schulleitungen an den Standorten weggenommen wurden. Dies ist nachweislich falsch. Sind doch im Budget lediglich die vom Kanton bezahlten 160 Stellenprozente für die Co-Gesamtschulleitung eingesetzt. Die geforderte Umlagerung von Ressourcen an die Standorte ist gar nicht möglich. Entsprechende Vorschläge sind von den Referendumsführenden auch nicht eingebracht worden.

Er fährt fort, dass im Kreisschulrat immer wieder darauf hingewiesen wurde, dass die finanzielle Situation in Buchs schlecht ist. Dabei wird der Eindruck erweckt, als ob dies von höheren Mächten verursacht wurde. Der Hauptgrund liegt sogar an Entscheidungen, die in Aarau getroffen wurden. Jedoch nicht etwa im Rathaus oder am KSAB-Hauptsitz, sondern im Grossen Rat. Die Steuerpolitik des Kantonsparlaments führt dazu, dass Gemeinden wie Buchs finanzielle Einbussen erleiden. In regelmässigen Abständen sind in den letzten Jahren neue Abzüge oder Steuererleichterungen für gutverdienende Privatpersonen und Firmen beschlossen worden. Nach der Revision von 2022, die den Firmen zugutekam, sollen in diesem Jahr Familien mit hohem Einkommen profitieren. Für Gemeinden wie Buchs bleiben da zwei Varianten: Sie erhöhen den Steuerfuss oder sie streichen Ausgaben. Daher kommt der Spardruck auf die KSAB.

Die Mitglieder des Kreisschulrats sollten dem Druck nicht nachgeben, sonst werden sie zu Handlangern dieser fatalen Finanzpolitik. Sie sind dieser aber nicht verpflichtet, sondern den Kindern und Angestellten der KSAB. Entsprechend sollte heute auch gehandelt werden.

Benedict Amman meint weiter, dass er die Aussage, dass im überarbeiteten Budget zu wenig Einsparungen gemacht wurden und die Wünsche aus Buchs nicht berücksichtigt wurden, so nicht gelten lassen kann. In Buchs wurden in den letzten fünf bis zehn Jahren mehrfach Budgets nicht genehmigt. Dies hat jedoch keine grösseren Kürzungen ausgelöst. Beispielsweise wurden im Budget 2024 aufgrund der Debatte im Einwohnerrat 6'000 Franken für Hydrokulturlpflanzen gestrichen. Nun zu erwarten, dass der Schulvorstand oder die Mitglieder des Kreisschulrats hohe sechs- oder siebenstelligen Beiträge kürzen wird, hat auch mit der Buchser Realität wenig zu tun. Schliesslich hat der Schulvorstand bereits im Herbst 920'000 Franken gestrichen und die KSAB hat mit wiederholter Budgetunterschreitung bewiesen, dass mit dem Geld sorgsam umgegangen wird. Die Ablehnung eines Budgets an der Urne führt nicht automatisch zu grösseren Einsparungen. Er fragt sich, wie also davon gesprochen werden kann, dass die Erwartungen nicht erfüllt wurden.

Er findet zudem die Aussage, dass nur ein Drittel der Kreisschulratsmitglieder die Geschäfte kritisch und genau betrachtet, nicht korrekt. Er findet diese Aussage inakzeptabel.

Oliver Esser ist der Meinung, dass sich die KSAB nur Aarau und nicht beiden Verbandsgemeinden verpflichtet fühlt. Der Volkswille von Buchs wird ignoriert. Er findet, der Schulbetrieb läuft. Die Stellen, welche gekürzt werden sollen, haben nichts mit dem Schulbetrieb zu tun. Er wird das Budget daher klar ablehnen.

Diskussion der Botschaft

Abänderungsantrag SVP und FDP

Auf die Schaffung einer Fachstelle für die schulische Integration und Chancengleichheit sei zu verzichten und der Betrag entsprechend aus dem Budget zu streichen resp. der entsprechende Budgetposten/das Budget um den betreffenden Betrag zu kürzen.

Nicole Burger führt aus, dass es um dasselbe wie noch vor einem halben Jahr geht. Die Antragsstellenden sind der Ansicht, dass es ein guter Ansatz für einen Kompromiss wäre, zugunsten des Referendumskomitees oder zugunsten der Gemeinde Buchs auf diese Fachstelle zu verzichten. Sie sehen den Nutzen dieser Fachstelle nach wie vor nicht. Nur aufgrund dessen, dass dem Antrag Chancengleichheit zugestimmt wurde, müssen nicht die ausgedachten Folgen und deren Kosten abgesegnet werden.

Susanne Klaus Günthart ist erstaunt über die ihr vorausgegangene Aussage. Speziell diese Fachstelle Integration und Chancengleichheit ist dafür da, dass Fachpersonen sich auf Schulebene einbringen und gemeinsam mit den Lehrpersonen Lösungen für betroffene Kinder suchen. Diese Stelle würde die vielgenannten Lerninseln initiieren. Sie steht in Kontakt mit Sonderschulen und kann Unterstützung bieten bei Kindern mit speziellen Bedürfnissen. Diese Arbeit erfordert viel Wissen und muss daher sorgfältig aufgebaut werden.

Nicole Lehmann-Fricker erläutert, dass sie mit Heilpädagoginnen der KSAB gesprochen habe. Diese informierten sie, dass bei der Gründung der KSAB Ideen für die Erstellung von Lerninseln vorhanden waren. Bei der Zusammenlegung der beiden Schulen wurden diese jedoch nicht weiter berücksichtigt und eine Weiterverfolgung war nicht gewünscht. Nicole Lehmann-Fricker ist daher der Auffassung, dass es an der KSAB bereits gut ausgebildetes Personal gibt und das vorhandene Wissen dort abgeholt werden sollte.

Susanne Klaus Günthart teilt mit, dass sie Gespräche mit Schulleiterinnen und Schulleitern geführt hat. Auch die Schule Baden führt eine ähnliche Stelle, welche Beziehungen zu Sonderschulen pflegt und dadurch schnelle und effiziente Hilfe anbieten kann. Sie bittet darum, mehrere Stellen und ihre Haltungen anzuhören.

Philippe Kühni ist sicher, dass es viele Lehrpersonen mit den nötigen Kompetenzen und dem notwendigen Willen zur Umsetzung gibt. Jedoch wurde bisher kein entsprechendes Konzept dazu ausgearbeitet. Diese Fachstelle zeigt die Lösung für dieses Problem auf.

Er erinnert zudem daran, dass mit dieser Motion nicht nur die Interessen der Stadt Aarau berücksichtigt werden. Dieselbe Motion wurde in den beiden Einwohnerräten in Aarau und Buchs eingereicht und ist jeweils mit einer Mehrheit überwiesen worden. Wenn diese Fachstelle nun nicht geschaffen wird, missachtet der Kreisschulrat den Volkswillen beider Verbandsgemeinden.

Frédéric Voisard weist darauf hin, dass es sich bei der Fachstelle nicht um eine externe Stelle handelt. Eine Fachstelle Integration und Chancengleichheit hilft eine Schule tragfähiger zu machen. Er weiss zudem aus eigener Erfahrung, dass es sehr schwierig ist Sonderschulplätze zu finden.

Martina Niggli verweist auf das Hauptargument des Gegenkomitees. Dieses war Bildung statt Verwaltung. Diese Fachstelle stellt für sie ein Paradebeispiel für eine Investition in die Bildung dar. Lehrpersonen erhalten Unterstützung bei Problemen mit schwächeren Schülerinnen und Schülern und können sich wieder vermehrt auf die restliche Klasse fokussieren.

Philippe Kühni ergänzt seine Aussage, dass ihm der Schulvorstand mitgeteilt hat, dass als Folge dieser Motion ein Konzept erarbeitet wurde und eine wesentliche Massnahme aus diesem Konzept nun die Schaffung der Fachstelle Integration und Chancengleichheit ist. Er regt an, vermehrt über solch erarbeitete Konzepte zu kommunizieren.

Corinne Trachsel informiert, dass bei der Verabschiedung des ersten Budgets ein Entwurf des Konzepts allen Kreisschulratsmitgliedern zugestellt wurde. Damit hat der Schulvorstand versucht, höchst transparent zu sein. Mittlerweile ist das Konzept verabschiedet. Die Endfassung kann den Mitgliedern des Kreisschulrats gerne zugestellt werden.

Franziska Graf-Bruppacher informiert, dass durch die eingereichte Motion beim Einwohnerrat, ein Auftrag an die Stadt Aarau einging. Dieser Auftrag wurde koordiniert durch die KSAB und die beiden Verbandsgemeinden erarbeitet. Sollte diese Fachstelle nun abgelehnt werden, muss sowohl die Stadt Aarau als auch die Gemeinde Buchs ihren Auftrag ohne die Schule erfüllen.

Corinne Trachsel hält fest, dass diese Fachstelle eine interne Stelle für die Schule darstellt. Es werden weder Wochenlektionen noch Schulleitungspensen für diese Stelle verwendet. Diese Stelle soll zusätzlich geschaffen werden. Sie betont, dass die vom Kanton zur Verfügung gestellten Ressourcen aufgebraucht und ebenso Härtefallgesuche gestellt werden. Die Abteilung Volksschule hat der KSAB folgende Empfehlung abgegeben: «Grosse Gesamtschulen, wozu unter anderem auch die KSAB zweifelsfrei gehört, empfiehlt die Abteilung Volksschule eine Reserve für ungesesehenes zum Schuljahresstart. Die Schule vergibt sich somit auch nicht die Möglichkeit auf das spätere Stellen eines Härtefallgesuchs». Das Argument des Änderungsantrages, es müssen zuerst die Kantonsressourcen ausgeschöpft werden, wird mit dieser Aussage klar widerlegt.

Diese Fachstelle wird geschaffen, da es laufend mehr Schülerinnen und Schüler mit zusätzlichem Förderbedarf gibt. Eine kürzlich veröffentlichte Antwort des Kantons Aargau auf einen Vorstoss der FDP betreffend Wiedereinführung von Kleinklassen zeigt auf, dass der Kanton mit einem Förderbedarf von 50% aller Schülerinnen und Schüler ausgeht. Dies trifft also auch auf die KSAB zu. Zunehmend sind zudem soziale Auffälligkeiten. Aktuell beträgt die Anzahl Kinder an der KSAB mit ausgewiesenem Sonderschulstatus, für welche keinen Platz an einer Sonderschule gefunden wurde, 50. Diese werden aktuell an teuren Privatschulen beschult. Privatschulen werden im Gegensatz zur Volksschule allein durch die Gemeinden finanziert. Auch finanziell macht daher eine Fachstelle, welche sich diesen Problemen annimmt und Lösungen vor Ort sucht und schafft, Sinn.

Abstimmung

Es kommt zur Abstimmung über den Abänderungsantrag

Der Abänderungsantrag wird mit 5 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abänderungsantrag SVP und FDP

Auf die Schaffung einer Ombudsstelle sei zu verzichten und der Betrag aus dem Budget zu streichen resp. der entsprechende Budgetposten/das Budget um den betreffenden Betrag zu kürzen.

Nicole Burger verweist auf die Begründung, welche sie bereits an der Kreisschulratssitzung vom 19. September 2024 abgegeben hat. Sie findet es wichtiger, daran zu arbeiten, dass Mobbing erst gar nicht entsteht, anstatt eine Stelle zu schaffen, an welche man sich bei Mobbing wenden kann. Sie sieht den Sinn einer Ombudsstelle nicht und fragt sich, ob sich nicht die Schulsozialarbeiter/-innen darum kümmern könnten. Beim eingereichten Antrag ging es nicht um eine Mobbingstelle, sondern um eine Nulltoleranzpolitik hinsichtlich Mobbing.

Philippe Kühni verweist auf den Fall Zelgli. Die Antragsstellenden haben dort eine externe Untersuchung verlangt. Es wurde ein Bericht durch das Büro Eichenberger erarbeitet. Die wichtigste Massnahme in diesem Bericht, ist die Schaffung dieser Ombudsstelle. Zudem soll diese Stelle nicht nur bei Mobbing zur Verfügung stehen, sondern auch für jegliche interne und externe Anspruchsgruppen bei verschiedenen Problemen.

Oliver Esser spricht sich für den Abänderungsantrag aus. Im Kreisschulrat wurde ein Nulltoleranz-Reglement hinsichtlich Mobbing gefordert. Dies wäre kostenneutral möglich

gewesen. Er ist der Meinung, dass sich ein Mobbingopfer nicht an eine Ombudsstelle wenden wird.

Benedict Ammann ist der Meinung, dass eine Ombudsstelle sehr wichtig ist. Jemand der andere mobbt wird sich wohl kaum an ein Reglement halten und jemand der gemobbt wird, wird sich niemandem internen anvertrauen wollen. Eine Ombudsstelle ist zudem unbeteiligt und unabhängig von jeglichen Vorfällen, welche an der KSAB passieren können. Zudem wird das Geld für die Ombudsstelle nur ausgegeben, falls von dieser auch Gebrauch gemacht wird. Er wird deshalb dem Abänderungsantrag nicht zustimmen.

Frédéric Voisard mahnt, dass der Kreisschulrat nur die Rahmenbedingungen beschliesst. Wie die Details umgesetzt werden, ist Sache des Schulvorstands.

Corinne Trachsel erklärt, dass bei einem Mobbingfall die Schulsozialarbeit aktiv wird. Sie macht Interventionen in den Klassen, begleitet Eltern sowie Betroffene. Im Fall Zelgli waren die Betroffenen jedoch nicht zufrieden mit der Arbeit der Schulsozialarbeit. Daher braucht es eine unabhängige Stelle, an welche sich Betroffene wenden können und sich über das Vorgehen der Schule äussern können. Sie weist nochmals explizit darauf hin, dass es sich bei der Ombudsstelle nicht um eine Mobbingstelle handelt. Die Ombudsstelle soll für alle Anspruchsgruppen der KSAB für jegliche Arten von Konflikten zur Verfügung stehen. Zudem handelt es sich um ein Pilotprojekt mit einem Kostendach. In der Regel wirken sich solche Stellen kostensenkend aus.

Abstimmung

Es kommt zur Abstimmung über den Abänderungsantrag

Der Abänderungsantrag wird mit 5 Ja-Stimmen zu 11 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abänderungsantrag SVP und FDP

Auf die externe Begleitung des Leitbildes resp. auf die Vorbereitungsarbeiten dazu sei zu verzichten und der Betrag aus dem Budget zu streichen resp. der entsprechende Budgetposten/das Budget um den betreffenden Betrag zu kürzen.

Nicole Burger erklärt, dass es für sie ein Luxusposten ist, welchen es nicht zwingend benötigt. Sie erachtet es als obsolet, 10'000 Franken für die Vorbereitungsarbeiten für das Leitbild auszugeben, welches danach extern geleitet wird. Sie bittet darum, dem Abänderungsantrag zuzustimmen.

Susanne Klaus Grünthart ist erstaunt, da auch dieser Antrag sehr viel mit der Schule zu tun hat. Zudem geht es nicht um Vorbereitungsarbeiten. Das Leitbild wurde mit Lehrern, Eltern sowie Personen aus der Politik erstellt. Sie findet das Resultat ist sehr schön geworden und hat sehr gute Leitsätze. Ein Leitbild wird erst gelebt, wenn etwas investiert wird. Ein Leitbild bedeutet Schulkultur und muss daher aktiv eingeführt bzw. begleitet werden. Es wurde viel Zeit und Geld in dieses Leitbild investiert. Dieses nun nicht aktiv weiterzuverfolgen mit der Begründung, die KSAB könnte evtl. abgeschafft werden, findet sie falsch. Sie wird den Abänderungsantrag daher auf jeden Fall ablehnen.

Martina Niggli möchte ergänzen, dass auch wenn es die KSAB nicht mehr gibt, die Schule ein Leitbild benötigt. Daher findet sie die Kosten und den Aufwand auf keinen Fall vergebens.

Philippe Kühni teilt mit, dass er damit leben könnte, würde dieser Abänderungsantrag abgelehnt. Er fände es jedoch nicht gut. Er meint jedoch, die KSAB hat genügend andere

Aufgaben, so wäre es wohl nicht weiter schlimm, könnte mit der Umsetzung des Leitbildes erst ab 2026 begonnen werden.

Oliver Esser findet, dass es bei diesem Budgetposten nicht um die Bildung geht. Er hat nichts gegen das Leitbild, findet jedoch es benötigt nicht noch eine externe Beratung.

Larissa Carlsson informiert, dass der Schulvorstand zurzeit in allen Schulstandorten Schulbesuche macht. Es wird festgestellt, dass die Lehrpersonen das Leitbild sehr zu schätzen wissen und sich wünschen, dass dieses zum Leben erweckt wird. Zudem hat die Schulaufsicht des Kantons bei einem Besuch den Schulvorstand auf das Leitbild angesprochen und gefragt, weshalb dieses noch nicht zum Leben erweckt wurde. Es fand eine ausdrückliche Aufforderung statt, das Leitbild mittels Workshops umzusetzen. Dieses stellt eine wichtige Führungsgrundlage dar und ist handlungsleitend. Für den angestrebten Kulturwandel ist eine intensive Auseinandersetzung mit dem Leitbild erforderlich. Da die Ressourcen bei der Geschäftsleitung derzeit knapp sind, ist der Schulvorstand auf eine externe Begleitung angewiesen.

Corinne Trachsel ergänzt, dass der gesamte Schulvorstand bei der Schulaufsicht des Kantons Aargau zu Besuch war. Die Schulaufsicht meinte dort, dass mit dem Leitbild einer der bemängelten Punkte erfüllt werden konnte. Das Leitbild muss jetzt jedoch bei den verschiedenen Schulstandorten implementiert werden. Es wurde geraten, darin zu investieren. Dafür benötigt es eine intensive Auseinandersetzung.

Abstimmung

Es kommt zur Abstimmung über den Abänderungsantrag

Der Abänderungsantrag wird mit 4 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Nicole Burger interessiert sich für die Stellungnahme der Verbandsgemeinden. Insbesondere die Stellungnahme der Gemeinde Buchs möchte sie nochmals erläutert haben.

Toni Kleiber informiert, dass der Gemeinderat Buchs die eingereichte Stellungnahme nach einer intensiven Diskussion abgegeben hat. Klar ist, dass das Budget abgelehnt wurde. Es bestehen jedoch sehr viele Interpretationen, weshalb dies so ist. Der Gemeinde Buchs wird unter anderem unterstellt, dass man die Qualität der Schule nicht unterstützen will. Der Gemeinderat Buchs hat grundsätzlich den Eindruck, dass in den letzten Monaten und Jahren immer wieder versucht wurde, die KSAB abzuschaffen. Der Gemeinderat Buchs ist jedoch nicht der Meinung, dass die KSAB abgeschafft werden soll.

Toni Kleiber weist auf die Konsequenzen hin, welche bei einer Abschaffung der KSAB zum Tragen kämen. In Anbetracht der Schülerzahlen, insbesondere der Oberstufe, würde eine Auflösung der KSAB für die Buchser Schülerinnen und Schüler bedeuten, dass diese wiederum nach Aarau in die Schule gehen müssten. Die Schülerzahlen der Buchser Oberstufe sind ohnehin sehr knapp. Würden die erforderlichen Zahlen nicht erreicht, würde anschliessend der Kanton entscheiden und mit grosser Wahrscheinlichkeit die Oberstufenschülerinnen und -Schüler wiederum nach Aarau schicken. Dasselbe gilt für Küttigen und Erlinsbach. Die Aarauer werden Buchs in schulischen Angelegenheiten folglich nicht los. Genau wie umgekehrt. Dies sollte allen bewusst sein. Dass in Buchs das Budget abgelehnt wurde, ist aufgrund der finanziellen Situation verständlich. Die erwähnten Konsequenzen muss man sich jedoch zuerst überlegen und bewusst sein.

Der Schulvorstand soll in seinen jetzigen Strukturen und Bemühungen unterstützt werden. Der Gemeinderat Buchs ist nach langer und intensiver Diskussion, im Austausch mit dem Schulvorstand und dem Stadtrat Aarau, zu dieser Haltung gekommen. Er steht zur KSAB. Der Volkswille soll nicht beachtet werden. Der Gemeinderat probiert Überlegungen zu machen, welche über die nächsten Jahre hinausgehen. Das vorgelegte Budget der KSAB ist aus finanzieller Sicht für die Buchser Bevölkerung nicht unbedingt toll. Jedoch ist es zukunftsgerichtet. Auch bestehen Probleme, welche nicht wegdiskutiert werden können. Jedoch sieht man die Bemühungen des Schulvorstands.

Schlussdiskussion und Würdigung

Nicole Burger teilt mit, dass eines nicht zu vergessen sei, viele Bürgerinnen und Bürger haben sich für das Referendum ins Zeug gelegt. Sie dachten, das Budget werde überladen und es sei Zeit für eine Korrektur. So dachten sie auch, dass wir in einer Demokratie leben und der Stimmbürger/die Stimmbürgerin das letzte Wort hat. Viele dieser Personen, welche auf die Strasse gegangen sind und um Stimmen geworben haben, sind nun desillusioniert. Denn das Budget ist praktisch das Gleiche. Herausgestrichen wurden nur jene Posten, welche realistischerweise dieses Jahr gar nicht mehr umgesetzt werden können. Diese werden einfach ins 2026 verschoben. Nun werden sie jedoch als Einsparung verkauft. Der Kompromissvorschlag des Referendumskomitees wurde nicht einmal ansatzweise in Erwägung gezogen. Weder vom Schulvorstand noch heute Abend vom Kreisschulrat.

Das ist ein Betrug am Stimmvolk. Und so fühlt sich das Stimmvolk zu Recht betrogen. Auch geht das Vertrauen in die Behörden verloren. Die Vorstellung, dass mit einem Referendum noch etwas erreicht werden kann, ist zerstört. Das muss der Schulvorstand und alle, die im Kreisschulrat nochmals für das gleiche gestimmt haben, auf sich nehmen. Sie findet, das ist einer Demokratie unwürdig.

Die Aussage, Aarau hat aber zugestimmt, lässt sie nicht gelten. Denn Aarau hat mit einem denkbar schlechten Ergebnis zugestimmt. Normalerweise werden in Aarau Budgets mit 80% und mehr angenommen. Das KSAB-Budget wurde mit 60% angenommen. Dies tut aber auch nichts zur Sache. Aarau hat in den Satzungen ein Gemeindemehr. So wollte man bei der Gründung nicht, dass Buchs von Aarau überstimmt werden kann. Dies ist wie ein Ständemehr im Kleinen. Dies wurde demokratisch so beschossen aus Gründen des Minderheitenschutzes. Das ist zu respektieren und muss im Nachhinein nicht hinterfragt werden. Das ist Demokratie. Was der Schulvorstand, und auch die Mehrheit des Kreisschulrats, betreibt, ist die Macht des Stärkeren und die Missachtung des Rechtsstaates. Dies wird aber auf Dauer nicht gut gehen.

Nicole Burger ist zudem irritiert. Sechs Monate lang hörte man, wie schlimm dieses Referendum für die Schule ist. Es können gewisse Ausgaben nicht getätigt werden und die Verunsicherung ist hoch. Kaum ist das Referendum jedoch erfolgreich, wird alles getan um dieses nochmals zu provozieren. Ist das wirklich die Idee? Müssen die Gegner des Budgets nochmals auf die Strasse?

Dies kann auch abgekürzt werden. Mit einem Nein zum Budget heute Abend. Dann entscheidet nämlich der Regierungsrat. Das wäre für sie die vertrauensereckendere Behörde. Auch für die Befürworter. Stimmt der Regierungsrat allem zu, was heute beschlossen wurde, gehen die Befürworter gestärkt aus dieser Sache hervor. Wenn nicht, merkt man, dass budgetmässig an der KSAB vielleicht doch etwas überbordnet wurde – ein fantastisches Learning für die Zukunft. Sie sieht den Regierungsrat in der heutigen Lage daher als neutralen Schlichter.

Der Schulvorstand ist zu fest Partei. Er hat auf allen Kanälen massiv Stimmung gegen die Gegner des Budgets gemacht und es mit der Wahrheit nicht immer ganz genau genommen. Das Vertrauen kann daher nur durch einen weissen Entscheid des Regierungsrates wieder hergestellt werden. Der Schulvorstand hat dieses Vertrauen verspielt. So auch der Kreisschulrat, indem er

sich heute einmal mehr über demokratische Grundprinzipien hinwegsetzte. Die Frage ist schlussendlich die: Was ist den Mitgliedern des Kreisschulrats mehr Wert? Der Rechtsstaat, das Vertrauen in die Institutionen oder pure Machtpolitik, wo der Stärkere sich einfach über den Schwächeren hinwegsetzen kann, um seine Ziele zu erreichen?

Die Schweiz funktioniert anders. Sie fordert auch dazu auf, sich zu überlegen, wie man selbst behandelt werden möchte, wenn die Rollen einmal umgekehrt verteilt sind, wenn es also eine bürgerliche Mehrheit im Kreisschulrat gäbe. Sie fordert auf demokratisch und rechtsstaatlich zu denken und nicht totalitär. Sie fordert auf, deshalb nein zum Budget zu stimmen.

Nicole Lehmann-Fricker teilt mit, dass bei der Entstehung der KSAB dem Budget oft zugestimmt wurde. Dies teilweise auch mit einem unguten Gefühl. Es hat sich nun bestätigt, dass in der KSAB etwas nicht stimmt. Sie sieht zwar die viele Arbeit, welche auch durch den Schulvorstand geleistet wurde und dankt ihm dafür. Jedoch stimmt seit den letzten zwei bis drei Jahren etwas nicht mehr. Es wurde das Gefühl vermittelt, der Kreisschulrat sei Schuld an all den Erschöpfungs- und Krankheitsfällen bei der Geschäftsstelle. Dies kann jedoch nicht sein. Aus ihrer Sicht wurden Basisentscheidungen gefällt, welche nicht korrigiert wurden und auch heute noch nicht den richtigen Weg gefunden haben. Sie weiss, dass alle Mitglieder des Kreisschulrats für eine gute Schule sind. Sie vertraut jedoch dem heutigen Konstrukt nicht mehr. Sie ist der Meinung, es muss noch einen anderen Weg geben. Aus diesem Grund wird sie dem Budget heute nicht zustimmen.

Frédéric Voisard begrüsst die Aussage von Toni Kleiber und dankt dem Gemeinderat Buchs für seine weitblickende Sichtweise. Ihm ist wichtig, heute die notwendigen Rahmenbedingungen für die KSAB zu schaffen.

Susanne Klaus Günthart teilt mit, dass sie an der letzten Sitzung sagte, die KSAB sei auf einem guten Weg. Leider sieht sie das heute nicht mehr ganz so und wäre daher froh, wenn dem besprochenen Budget, wie vom Schulvorstand vorgeschlagen, zugestimmt werden könnte. Auch sie dankt Toni Kleiber für sein Votum und dem Schulvorstand für sein Engagement.

Benedict Ammann bezieht nochmals Stellung zu den angesprochenen Abstimmungsergebnissen. Bei der ersten Budgetdebatte wurde einem Kürzungsantrag sowie einem Aufstockungsantrag zugestimmt. Machtpolitik sieht für ihn anders aus. Daher stellte das erste Budget für ihn bereits eine Kompromisslösung dar. Er ist der Meinung, die KSAB könnte noch einige Aufstockungen und Fachstellen mehr gebrauchen. Dies zeigen wohl auch die gesundheitlichen Ausfälle an der Geschäftsstelle der KSAB.

Buchs hat das Budget abgelehnt, weil Buchs sparen muss. Jedoch findet er, das Schlechteste was eine Gemeinde machen kann, ist bei den Schulen und der Bildung zu sparen.

Oliver Esser möchte nochmals erwähnen, dass es in den vergangenen fünf Jahren eine Kostensteigerung von 17% pro Schülerin und Schüler gegeben hat. In seinen Augen ohne Mehrwert für die Schülerinnen und Schüler. Er denkt, dieser Trend wird so weitergehen und ist daher für eine Kehrtwende.

Franziska Graf-Bruppacher weist darauf hin, dass nach zwei erfolgreichen Volksabstimmungen in beiden Verbandsgemeinden die KSAB ein ICT-Programm eingeführt hat. Dieses verursacht massive Kosten. Die KSAB muss demnach den Volkswillen umsetzen. Ebenso hat die KSAB durch eine Volksabstimmung den Auftrag von Tagesschulen und Horten erhalten. All diese Abstimmungsergebnisse benötigen viel Geld und Ressourcen für die Umsetzung. Sie bittet darum, dies bei den Aussagen zur Kostensteigerung zu berücksichtigen.

Sie weist zudem darauf hin, dass erwähnt wurde, die Grünen haben einen Antrag zur Auflösung der KSAB eingereicht. Da dies nicht der Wahrheit entspricht, liest sie den entsprechenden

Antrag kurzerhand vor: Der Stadtrat prüft mögliche Szenarien für einen Austritt oder eine Auflösung der Kreisschule Aarau-Buchs (KSAB) und unterbreitet dem Einwohnerrat ein entsprechendes Geschäft. Das Geschäft soll einen Antrag für oder gegen einen Austritt bzw. eine Auflösung der KSAB enthalten.

Philippe Kühni findet, dass man allerlei Aussagen von Seiten des Referendumskomitees hören konnte. An der heutigen Sitzung diese vielen verschiedenen Aussagen zu deuten und abzuleiten, findet er daher nicht richtig. Schlussendlich war es einfach nur ein Nein zum Budget. Es wurde ein neues Budget erarbeitet. Der Schulvorstand ist dem nachgekommen und hat ein neues Budget und Begründungen dazu vorgelegt. Der rechtliche Auftrag wurde daher erfüllt. Alle anderen Aussagen findet er daher nicht gerechtfertigt.

Zur Aussage von Oliver Esser teilt er mit, dass nicht klar ist, mit welchen Zahlen bei der Gründung der KSAB gestartet wurde. Es ist nicht bekannt, ob die Schule sehr kostenbewusst haushaltete oder genau das Gegenteil der Fall war. Auch er weist nochmals auf den erfolgten Ausbau der Leistungen hin, welche zur Kostensteigerung beitragen.

Nicole Lehmann-Fricker möchte nochmals betonen, dass es nicht darum geht, das Budget einfach abzulehnen. Die gesprochenen Gelder sollen jedoch anders aufgeteilt werden. Sie ist sehr für eine gut funktionierende Schule und ist sich bewusst, dass die Schule gewisse Rahmenbedingungen benötigt.

Oliver Esser möchte darauf hinweisen, dass sich seine Berechnungen auf die Kosten der Jahre 2020 bis 2025 beziehen. Für diese Jahre bestanden durchaus Zahlen. Die Ursachen der Kostensteigerung ist ihm durchaus bekannt. Jedoch findet er, ist es nun an der Zeit, um Sensibilität zu schaffen und aufzuzeigen, dass es nicht so weitergehen kann.

Larissa Carlsson kommt auf den Vorwurf aus dem Kreisschulrat zurück, dass der Schulvorstand nicht ehrlich ist. Sie ist der Meinung, dass wohl viele Stimmen erworben wurden mit Falschaussagen. Der Schulvorstand hat nachdem das Referendum zustande gekommen ist auf der Webseite eine Fragen-Antwort-Seite mit Informationen aufgeschaltet. Daraufhin wurde dem Schulvorstand gar mit einer Aufsichtsbeschwerde aufgrund Falschaussagen gedroht. Auf dieser Webseite wurden jedoch lediglich Fakten wiedergegeben.

Wie erwähnt, hat der Schulvorstand diverse Schulbesuche durchgeführt. Es hat sich herauskristallisiert, dass es an allen Standorten an Ressourcen fehlt. Sie betont nochmals, dass die Ressourcen des BKS sehr knapp berechnet sind. So ist der Sockelbeitrag für Schulleitungen für Schulen ab einer Schüleranzahl von 1200 derselbe. Die KSAB weist jedoch dreimal so viele Schülerinnen und Schüler auf. Eine Schule in der Grösse der KSAB benötigt eine standortübergreifende Gesamtschulleitung. Die KSAB benötigt dafür nur 160 Stellenprozent. Weitere Prozente werden bei den einzelnen Standorten belassen. Es fliesst also nicht mehr in die Verwaltung ein.

Der Schulvorstand ist sich den knappen Ressourcen bewusst. Er ist jedoch auch den Mitarbeitenden der KSAB verpflichtet. Sie teilt mit, dass der Budgetprozess 2026 bereits läuft. Sie bittet die Mitglieder des Kreisschulrats den Fokus beim Budget 2025 zu legen und den Mitarbeitenden der KSAB die dringend benötigten Ressourcen zukommen zu lassen. Sie appelliert an die Kreisschulratsmitglieder das Budget anzunehmen. So können die finanzielle Sicherheit und die dringend benötigten finanziellen Entlastungen den Schulverwaltungen zukommen. Eine Weiterentwicklung der KSAB ist nur möglich, wenn die notwendigen finanziellen und personellen Mittel zur Verfügung stehen. Dem Schulvorstand ist es ein grosses Anliegen mit den finanziellen Mitteln sparsam umzugehen, um die Steuerzahlenden möglichst wenig zu belasten.

Andrea Dörig weist nochmals darauf hin, dass bei einer Ablehnung des Budgets der Regierungsrat über das Budget entscheiden würde. Bei Annahme des Budgets gäbe es wiederum eine 60-tägige Referendumsfrist.

Abstimmung

Es kommt zur Abstimmung, **Andrea Dörig** liest den Antrag vor:

Das Budget 2025 der Kreisschule Aarau-Buchs, inkl. Stellenplan 2025 und die Elternbeiträge für das Schuljahr 2025/26 sowie die Sozialtarife für das Schuljahr 2025/26 seien gutzuheissen.

Der Antrag wird mit 11 Ja-Stimmung zu 5 Nein-Stimmen angenommen.

Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Beschlüsse des Kreisschulrates werden gemäss § 77a des Gesetzes über die Einwohnergemeinden der Volksabstimmung unterbreitet, wenn 5 % der Stimmberechtigten der Verbandsgemeinden beziehungsweise 1'500 Stimmberechtigte dies innert 60 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, verlangen. Für den Fristenlauf gilt die Publikation im Amtsblatt vom 11.04.2025 (Ablauf der Referendumsfrist am 10.06.2025).

Andrea Dörig schliesst die Sitzung um 21.15 Uhr.

Buchs, 3. April 2025

Die Präsidentin:

Die Protokollführerin:

Andrea Dörig

Barbara Meier